

71

Verkehrsausschuß

Protokoll

11. Sitzung (nicht öffentlich)

20. Februar 1986

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitzender: Abg. Kröhan (SPD)

Stenographin: Igel

Verhandlungspunkt und Ergebnisse

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986 (Haushaltsgesetz 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 10/450, 10/500, 10/650

Vorlagen 10/174, 10/176, 10/225, 10/236, 10/252, 10/266

Zuschrift 10/277

Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Kapitel 08 080 - Förderung der Luftfahrt

Titelgruppen 61, 63, 68

Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

a) Kapitel 11 460

Titelgruppen 60, 70

Verkehrsausschuß
11. Sitzung20.02.1986
ig-ma

b) Kapitel 11 470

Titel 671 20, 682 00, 891 20

Titelgruppen 61, 63, 65, 66

c) Kapitel 11 500

Titel 653 20, 653 30, 863 00, 883 11, 883 12, 883 13,
883 17, 883 22

Der Ausschuß beschließt über die in den Sitzungen am 5. 12. 1985 (APr 10/134), 16. 1. 1986 (APr 10/154) und 6. 2. 1986 (APr 10/184) noch nicht verabschiedeten Titel der Einzelpläne 08 und 11, soweit sie den Verkehrsausschuß betreffen, und die zu diesen Titeln eingebrachten Anträge der Fraktionen (siehe Anlage 1 = Anträge der SPD-Fraktion, Anlage 2 = Anträge der CDU-Fraktion, Anlage 3 = Anträge der F.D.P.-Fraktion). Dann werden die Entwürfe der Einzelpläne 08 und 11, soweit sie den Verkehrsausschuß betreffen, mit den in dieser Sitzung beschlossenen Änderungen (siehe Seiten 1, 3, 4, 5, 12 des Diskussionsprotokolls) mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion verabschiedet.

Berichterstatte: Abg. Böse (SPD)

Im Zusammenhang mit Kapitel 11 470, Titel 891 20, wird ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion einvernehmlich verabschiedet (siehe Anlage 1, letzte Seite).

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1986 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/452
Vorlage 10/204

Der Ausschuß beschließt über die den Verkehrsausschuß betreffenden Paragraphen des Gesetzentwurfs sowie über die Änderungsanträge der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion, die abgelehnt werden.

Dann wird der Gesetzentwurf, soweit er den Verkehrsausschuß betrifft, mit der in der Sitzung am 6. 2. 1986 (APr 10/184) beschlossenen Änderung mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion angenommen.

73

Verkehrsausschuß
11. Sitzung

20.02.1986
ig-ma

Das Ministerium wird um Aktualisierung der Vorlage 9/2084 vom 27. 11. 1984 (Städtebauförderungsprogramm 1985 und GVFG-Programm) gebeten.

Nächste Sitzung: 17. 4. 1986
Landesentwicklungsbericht
Durchführung eines Landeswettbewerbs für die
familienfreundliche Stadt NW
Umbesetzungen in den Bauamtskommissionen

- - - - -

Verkehrsausschuß
11. Sitzung

20.02.1986
ig-ma

Aus der Diskussion

Zu 1: Haushaltsgesetz 1986

Die Anträge der drei Fraktionen sind diesem Protokoll beigelegt:

Anlage 1 = SPD-Anträge,

Anlage 2 = CDU-Anträge,

Anlage 3 = F.D.P.-Anträge.

Zu Kapitel 08 080 - Förderung der Luftfahrt

Der Antrag der F.D.P., die Zweckbestimmung der Titelgruppe 61 in "Für den Ausbau und die Erneuerung von Flughäfen" zu ändern, wird einvernehmlich beschlossen.

Abg. Aigner (SPD) bittet das Ministerium, dem Ausschuß nach der Sommerpause einen Entwurf der Förderrichtlinien vorzulegen, der auch Erneuerungsmaßnahmen umfasse.

Zu den Titelgruppen 61 - Für den Ausbau und die Erneuerung von Flugplätzen - beziehungsweise 63 - Zur Förderung der Luftfahrt - liegt ein Antrag der F.D.P.-Fraktion vor, einen neuen Titel 683 62 mit einem Ansatz von 500 000 DM zum einmaligen Ausgleich der Ausgabenunterdeckung von Luftfahrtunternehmen einzurichten, die Zubringerflugverbindungen zwischen dem Regionalflughafen Paderborn/Lippstadt und dem Verkehrsflughafen Frankfurt am Main in die weltweite Durchtarifizierung einbringen wollen. Demselben Ziel dient ein SPD-Antrag, in der Titelgruppe 63 einen Titel 683 63 ohne Ansatz einzurichten, der aus Einsparungen bei der Titelgruppe 61 gespeist werden soll.

Abg. Aigner (SPD) spricht sich dafür aus, aus Gründen der Wirtschaftsförderung dem Antrag des Flughafens Paderborn/Lippstadt zu entsprechen und eine einmalige zusätzliche Anlauffinanzierung zu gewähren, nachdem sich auch die Region und die Firma Nixdorf zu einer Beteiligung bereiterklärt hätten. Die Vergabe der Mittel möchte er jedoch an die Bedingung knüpfen, daß die Verwendung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft werde.

Er würde allerdings empfehlen, dem SPD-Antrag oder einem entsprechenden gemeinsamen Antrag zuzustimmen, weil der Ansatz bei der Titelgruppe 61, wie von der F.D.P. beantragt, seines Erachtens falsch ausgebracht sei und man für eine einmalige Aktion keine neue Titelgruppe bilden sollte.

Verkehrsausschuß
11. Sitzung

20.02.1986
ig-ma

Abg. Dreyer (CDU) wäre zwar dafür, zusätzliche Mittel bereitzustellen, wie der F.D.P.-Antrag es vorsehe; aber wenn ein gemeinsamer Antrag auf der Linie des SPD-Antrages zustandekomme, wolle er ihn nicht torpedieren.

Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) erklärt, der F.D.P. liege sehr an einem neuen Titel mit Ansatz, da es sich hier um eine echte Subvention handle, die auch als solche in Erscheinung treten und nicht aus einem Investitionstitel gedeckt werden solle.

Als Deckung habe sie eine Kürzung in Kapitel 11 470, Titelgruppe 61, vorgeschlagen, nachdem das Ministerium mitgeteilt habe, daß die Mittel für Versuche zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs in diesem Jahr nicht ausgegeben werden könnten (siehe APr 10/154, Seite 14). Diese Mittel könnten in Anspruch genommen werden, wenn man sich darüber einig sei, daß es sich um eine einmalige Hilfsaktion handeln solle.

Abg. Hardt (CDU) plädiert für einen Titel in der Titelgruppe 63, aber mit einem Haushaltsansatz. Selbstverständlich sollte man nicht mehr wie früher permanent Betriebskostenzuschüsse zahlen, wohl aber einen Titel bereithalten - der auch einmal ein Leertitel sein könne -, um Anlaufschwierigkeiten beim Anschluß an die internationale Durchtarifizierung überwinden zu helfen, aber nicht begrenzt auf den Flughafen Paderborn/Lippstadt.

Im Rahmen der EG gebe es ein neues Konzept für die grenzüberschreitende regionale Luftfahrt der EG. Auch hier könnte es eines Tages Durchtarifizierungsbereiche geben, und auch dafür wäre ein Ansatz in dieser Form nötig.

Für entsprechende Kürzungen im Bereich der Titelgruppe 61 könnten bis zur abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses Vorschläge gemacht werden. Ihm gehe es darum, einen konkreten Ansatz zu haben, auch wenn es sich nur um einen geringeren Betrag handeln sollte.

Abg. Aigner (SPD) ist nicht der Auffassung, daß man ein zusätzliches Faß öffnen und zusätzliche Begehrlichkeiten wecken sollte. Die von der F.D.P. angebotene Deckung könne seine Fraktion nicht akzeptieren. Es gehe nicht an, einen neuen Titel für die Subventionierung der Luftfahrt aus einem Ansatz für den öffentlichen Personennahverkehr zu bedienen. Die SPD denke lediglich an eine einmalige Starthilfe, um die Gemeinde und die Unternehmen nicht allein zu lassen. Alles andere hielte er für abenteuerlich.

Verkehrsausschuß
11. Sitzung

20.02.1986
ig-ma

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion, einen neuen Titel mit einem Ansatz von 500 000 DM einzurichten, wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der F.D.P. und der CDU abgelehnt.

Abg. Dreyer (CDU) und Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) erklären, daß sie nunmehr auch der zweitbesten Lösung zustimmen würden.

Daraufhin werden die Anträge der SPD Nr. 1 und 2, einen neuen Titel ohne Ansatz in der Titelgruppe 63 einzurichten und Haushaltsvermerke über die Deckung anzubringen (siehe Anlage 1) einvernehmlich beschlossen. Mit den soeben beschlossenen Änderungen werden die Titelgruppen 61 und 63 verabschiedet.

Zu Kapitel 11 460 - Allgemeine Bewilligungen - Verkehr

Titel 685 15 und Titelgruppe 60 werden ohne Aussprache einvernehmlich verabschiedet.

Zu Titelgruppe 70 - Maßnahmen zur Sicherheit im Straßenverkehr - liegt ein Antrag der SPD-Fraktion vor, in die Erläuterungen "Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Jahres der Verkehrssicherheit 1986" einzufügen.

Auf die Frage des Abg. Hardt (CDU), welche Größenordnungen sich die SPD vorstelle, antwortet Abg. Aigner (SPD), die SPD-Fraktion sei bei ihren Überlegungen zu keinem Beschluß gekommen und bitte die Landesregierung, dem Ausschuß unter Beachtung der ohnehin vorgesehenen Maßnahmen und der darüber hinaus zur Verfügung stehenden Mittel Vorschläge zu machen. Die Bitte des Abg. Hardt, daß der Verkehrsausschuß informiert werde, bevor Maßnahmen öffentlich bekanntgemacht würden, wird von Abg. Aigner unterstützt.

Staatssekretär Dr. Nehrling (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr) teilt mit, der zuständige Referent für Verkehrssicherheit, der an einem Gespräch im Deutschen Verkehrssicherheitsrat teilgenommen habe, habe ihn darüber unterrichtet, daß alles, was von diesem Gremium erwogen werde, bereits im Verkehrssicherheitsprogramm der Landesregierung enthalten sei.

Die Landesregierung werde also ihr Programm fortsetzen und bei allen Aktionen, die auf Bundesebene unternommen würden, prüfen, ob sich Nordrhein-Westfalen daran beteiligen solle oder nicht. Er

Verkehrsausschuß
11. Sitzung

20.02.1986
ig-ma

bitte die Abgeordneten, nicht davon auszugehen, daß es neben dem mit dem Verkehrsausschuß abgestimmten Verkehrssicherheitsprogramm der Landesregierung ein neues Programm geben werde.

Titelgruppe 70 wird mit der von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Einfügung in die Erläuterungen einvernehmlich verabschiedet.

Zu Kapitel 11 470 - Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs

Titel 671 20 wird ohne Aussprache verabschiedet.

Zu Titel 682 00 - Zuschüsse zu den Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung von ortsfesten Anlagen der Strecken für Stadtbahnen - liegen ein Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung des Ansatzes um 2 Millionen DM und ein Antrag der F.D.P.-Fraktion auf Erhöhung der Mittel um 1,5 Millionen DM vor.

~~Der SPD-Antrag - als der weitergehende - wird einstimmig angenommen; der F.D.P.-Antrag ist damit erledigt.~~

Im Zusammenhang mit Titel 891 20 - Zuschüsse für Investitionen an die Deutsche Bundesbahn zur Verbesserung der Nahverkehrsbedienung - bringt Abg. Aigner (SPD) im Namen der SPD-Fraktion einen Antrag ein, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich bei der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbahn für die baldigst mögliche Einrichtung eines 20-Minuten-Grundtaktes auf den S-Bahn-Linien zum Flughafen Düsseldorf und für den Bau der Nordkurve zur Herstellung einer direkten Verbindung zwischen dem Ruhrgebiet und dem Flughafen Düsseldorf einzusetzen (siehe Anlage 1, letztes Blatt). CDU und F.D.P. erklären ihre Zustimmung.

Titel 891 20 und der Antrag der SPD-Fraktion werden in einer gemeinsamen Abstimmung einvernehmlich beschlossen.

Zu Titelgruppe 61 - Entwicklung und Förderung von Verkehrsverbünden und Verkehrsgemeinschaften, Versuche zur Erhöhung der Attraktivität sowie Förderung der Rationalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs - liegen Anträge der SPD auf Kürzung um 2 Millionen DM als Deckung für die Erhöhung des Ansatzes bei Titel 682 00 und der F.D.P. auf Kürzung um 3 Millionen DM als Deckung für mehrere Erhöhungsanträge vor.

Verkehrsausschuß
11. Sitzung

20.02.1986
ig-ma

Abg. Aigner (SPD) meint unter Hinweis auf die Informierung des Ausschusses am 16. 1. 1986 (APr 10/154, Seite 14), wonach eine vorgesehene Taktverdichtung auf zwei Nahverkehrslinien verschoben werden müsse, der gesamte für die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs vorgesehene Ansatz von 3 Millionen DM (siehe Vorlage 10/174) könne nicht eingespart werden; denn es seien schon Vorleistungen erbracht worden, und es liefen Untersuchungen des Ingenieurbüros Aachen, die in diesem Jahr bezahlt werden müßten.

Auf eine Frage der Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.), wie der Stand der Dinge sei und ob das Projekt im nächsten Jahr anlaufen könne, antwortet StS Dr. Nehrling, in der letzten Sitzung sei schon gesagt worden, daß ein Teil des Ansatzes benötigt werde.

Der F.D.P.-Antrag - über den als über den weitergehenden zuerst abgestimmt wird - wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der F.D.P. und der CDU abgelehnt. Dann wird der SPD-Antrag auf Kürzung um 2 Millionen DM bei Enthaltung der F.D.P. beschlossen. Titelgruppe 61 wird in dieser Fassung verabschiedet.

Titelgruppen 63, 65 und 66 werden ohne Aussprache einvernehmlich verabschiedet.

Zu Kapitel 11 500 - Straßen- und Brückenbau

Abg. Dreyer (CDU) erklärt zur Begründung der CDU-Anträge (Anlage 2), daß die 25 Millionen DM, die laut § 4 des Gemeindefinanzierungsgesetzes aus der erwarteten Erhöhung des Kfz-Steueraufkommens um 100 Millionen DM den Gemeinden zufließen sollten, diesen nach Meinung der CDU auch vollständig zur Finanzierung der Straßenbaulast zustehen sollten. Darauf bezögen sich ihre Anträge auf Wiederherstellung der §§ 4 und 24 GFG in der Fassung der ursprünglichen Regierungsvorlage und auf Ergänzung des § 25 GFG um die Beträge, die sich aus der Aufstockung des Kfz-Steuerverbundes um 25 Millionen DM ergäben.

Von den nach den Vorschlägen der Landesregierung verbleibenden 73,6 Millionen DM der Investitionspauschale wolle die CDU 23,6 Millionen DM drei Straßenbautiteln zuordnen, und zwar der Finanzierung des Landesstraßenausbauplanes (Titel 883 13), den Landesanteilen an den Kosten der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Titel 653 30) und den Um- und Ausbaumaßnahmen bis 5 Millionen DM (Titel 883 12).

Verkehrsausschuß
11. Sitzung

20.02.1986
ig-ma

Abg. Aigner (SPD) erwidert, die SPD werde diesen Anträgen nicht zustimmen. Die 25 Millionen DM blieben auch nach dem Vorschlag der Ergänzungsvorlage der Landesregierung Investitionen im Bereiche der Gemeinden, würden zum Teil nach der Kopfzahl, zum Teil nach der Arbeitslosenquote verteilt und könnten von den Gemeinden auch für den Straßenbau in Anspruch genommen werden.

Insgesamt wolle er zu den CDU-Anträgen sagen, daß die SPD für Beratung des Landesstraßenbedarfsplanes, die, wie er hoffe, Mitte des Jahres zumindest beginnen werde, bereits einige konkrete Vorschläge für Einzelmaßnahmen gemacht habe und nicht wolle, daß vor Beginn dieser Beratungen Fakten gesetzt würden. Die laufenden Vorhaben seien etwas gestreckt worden. Das habe in erster Linie, aber nicht nur finanzielle Gründe; man wolle auch grundsätzlich an die Fragen herangehen.

Abg. Hardt (CDU) betont, daß auch er sehr daran interessiert sei, daß mit der Beratung über den Landesstraßenbedarfsplan Mitte des Jahres begonnen werde.

Der Abgeordnete äußert Zweifel an den Erwartungen auf ein erhöhtes Kfz-Steueraufkommen, die zu der Erhöhung der Kfz-Steuerverbundmasse durch die Ergänzungsvorlage geführt hätten; aber abgesehen von der Unsicherheit dieser Erwartung, wolle die CDU bei dem alten System der Verteilung bleiben, das auch für die zusätzlichen 25 Millionen DM der Kfz-Steuerverbundmasse gelten müsse. Sie lehne jede Fremdbelastung der ohnehin schon von 30 auf 25 % des Kfz-Steueraufkommens abgesenkten Verbundmasse ab, die in diesem Falle offenbar nur den Zweck habe, die Investitionspauschale um 100 Millionen DM zu erhöhen und die durch Gerichtsurteil verworfene Aufstockung II durch die Hintertür wieder einzuführen.

Abg. Aigner (SPD) hält ihm entgegen, daß der Bund die Mittel für die Bundesstraßen von 907 Millionen DM im Jahre 1983 auf 763 Millionen DM im Jahre 1986 zurückgefahren habe und daß das Land jetzt die zusätzlichen Mittel gezielt für Investitionen in Gemeinden zur Verfügung stellen wolle, die unter hoher Arbeitslosigkeit und damit besonders stark unter den Maßnahmen der Bundesregierung zu leiden hätten.

Abg. Dreyer (CDU) möchte deutlich herausstellen, daß die CDU-Anträge zwei Intentionen verfolgten, nämlich sich gegen die erneute Absenkung des Kfz-Steuerverbundsatzes auf defacto 23 % zu wehren und zu verhindern, daß in weiten Bereichen des Landes im Jahre 1986 keine neue Maßnahme begonnen werden könne.

Verkehrsausschuß
11. Sitzung

20.02.1986
ig-ma

Im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe gebe es Bauämter, die in diesem Jahr nur 4 Millionen oder sogar nur 3 Millionen DM bekommen würden, weil die Mittel durch größere Projekte anderer Bauämter gebunden seien. Der Bauamtsbezirk Münster werde 12 Millionen DM erhalten, Minden nur 4,3 Millionen DM. So werde der Zufall zum Steuerungsinstrument des Landesstraßenbaus. Hinzu komme, daß mangels Mitteln auch vielfach kein vorbereitender Grunderwerb betrieben werden könne und sich die Auswirkungen damit auf das Haushaltsjahr 1987 verlagern würden.

Mit den 23,6 Millionen DM, die die CDU aus der Investitionspauschale abzweigen wolle (siehe CDU-Antrag zu § 27 GFG), könne sie selbstverständlich nicht alle Probleme lösen, sondern nur versuchen, die schlimmsten Auswirkungen abzumildern.

Abg. Aigner (SPD) betont, er halte es für üble Polemik, wenn zum Beispiel im "Westfalenblatt" behauptet worden sei, die Region Ostwestfalen werde vernachlässigt. In diesem Zusammenhang müsse er daran erinnern, daß vor noch gar nicht allzu langer Zeit ein Antrag zum öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche gegen die Stimmen der CDU verabschiedet worden sei und daß der gemeinsame Beschluß, die Bundesbahnstrecke Dortmund-Paderborn-Kassel zu fordern, auf Antrag der SPD beschlossen worden sei.

Was den Bundesverkehrswegeplan anbelange, so müsse man immer wieder den Bund in die Pflicht zu nehmen versuchen; aber im Landesstraßenbau würden mit diesem Haushalt, den die SPD beschließen wolle, einschließlich der von ihr noch zu beantragenden Ortsumgehung Oerlinghausen für den ostwestfälischen Raum insgesamt 430 Millionen DM aufgewendet. Dann verliert der Abgeordnete die einzelnen Projekte im Bereich des Landesstraßenbauamtes Bielefeld (Seite 201 des Einzelplans 11).

Abg. Hardt (CDU) hebt zunächst hervor, daß die Bundesbahnstrecke Dortmund-Paderborn-Kassel zuerst durch den früheren stellvertretenden Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, den CDU-Abgeordneten Köhler, in die parlamentarische Diskussion gebracht worden sei.

Die Straßenbaumaßnahmen (Objekte über 5 Millionen DM) seien, auf das gesamte Land Nordrhein-Westfalen bezogen, von 218 Millionen DM im Jahre 1984 auf 185 Millionen DM im Jahre 1985 und auf 141 Millionen DM in diesem Jahr zurückgeführt worden, während die Maßnahmen unter 5 Millionen DM von 113 Millionen DM im Jahre 1984 auf 100 Millionen DM im Jahre 1985 und auf 93 Millionen DM in diesem Jahr zurückgegangen seien, und das, obwohl der Gesetzgeber in einem Fünfjahresplan Raten von 240 Millionen DM vorgegeben habe und bisher in jedem Jahr Mittel in Höhe von ungefähr 200 Millionen DM hätten tatsächlich verbaut werden können.

Verkehrsausschuß
11. Sitzung

20.02.1986
ig-ma

In diesem Haushalt seien darüber hinaus die Mittel für die Landschaftsverbände bei Titel 653 20 um 2,6 Millionen DM, bei Titel 653 30 um 5 Millionen DM und die den Gemeinden zur Verfügung gestellten Mittel um insgesamt 51,5 Millionen DM gekürzt worden. Minister Dr. Zöpel habe also das von seinem Vorgänger, Minister Dr. Jochimsen, gegebene Wort, daß die Landesregierung unter Ministerpräsident Rau die Kürzungen wieder zurückführen werde, nicht eingelöst.

Vor diesem Hintergrund wolle die CDU mit der Zuordnung von zusätzlichen 23,6 Millionen DM für den Straßenbau wenigstens einen Fingerzeig geben, wenn auch die von ihr beantragten Ansätze immer noch hinter denen des Jahres 1985 zurückblieben.

Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) will sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, weil sie noch keine Möglichkeit gehabt habe, die Fragen mit dem Finanzexperten ihrer Fraktion abzustimmen. Die F.D.P. werde ihre Entscheidung im Haushalts- und Finanzausschuß mitteilen.

Titel 653 20 wird unverändert verabschiedet.

Der Antrag der CDU, den Ansatz in Titel 653 30 um 2 360 000 DM zu erhöhen, wird bei Enthaltung der F.D.P. mit den Stimmen der SPD abgelehnt. Titel 653 30 wird unverändert verabschiedet.

Titel 863 00 wird unverändert gebilligt, ebenso Titel 883 11.

Der CDU-Antrag zu Titel 883 12, den Ansatz um 3 240 000 DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt. Titel 883 12 wird unverändert verabschiedet.

Zu Titel 883 13 - Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplanes - liegen Anträge aller drei Fraktionen vor.

Über den CDU-Antrag, den Ansatz um 18 Millionen DM zu erhöhen, wird als den weitestgehenden Antrag zuerst abgestimmt. Er wird mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Die Anträge der SPD und der F.D.P. beinhalten Verschiebungen zwischen einzelnen Bauvorhaben. Abg. Böse (SPD) teilt mit, die SPD erwäge einen weiteren Antrag, der die L 239 in Ratingen, Westbahnhof, mit Beseitigung eines Bahnüberganges betreffe (Seite 198 des Einzelplans), und bitte die Landesregierung um Bestätigung, daß